

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonntags.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk.
ohne Postbestellgebühr. Nur Post-
bezug. Besteuerung bei allen Postan-
stalten. Geschäftsstelle Berlin S. 69,
Lilienstr. 63 I. Fernr.: Wipat 9628.

Anzeigenpreis
die viergespaltene Zeile 90 Pf.;
für Werbungsmitglieder 60 Pf.;
Stellenangebote 40 Pf.; Beiamm-
lungszettelungen zc. 30 Pf. Der An-
zeigenpreis ist vorher zu entrichten.

Mr. 24.

Berlin, den 9. Juni 1918.

34. Jahrgang.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 24. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abf. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Mit Sonntag, den 30. Juni, treten die durch Urabstimmung beschlossenen erhöhten Sätze für Arbeitslosenunterstützung, Umzugsunterstützung und Streifunterstützung in Kraft, und zwar ohne Rücksicht darauf, wieviel Beiträge seit der 1. Woche dieses Jahres gezahlt sind.

Alle Mitglieder, die am 30. Juni im Bezug von Arbeitslosenunterstützung stehen, erhalten von diesem Tage ab die erhöhten Tagesätze bis zu dem festgesetzten Höchstbetrag ausbezahlt, wobei natürlich der bereits bezogene Betrag in Anrechnung gebracht werden muß. Mitglieder, die vor dem 30. Juni bereits ausgesteuert waren, können die Unterstützung nur wieder erhalten, wenn seit Bezug der letzten Unterstützung mindestens 26 Wochen verfloßen und 26 Beiträge geleistet sind.

Da in der 2. Beitragsklasse eine neue Unterstützungsstufe eingefügt wurde, erlauben wir zu beachten, daß auf Grund dieser neuen Stufe von 260 Beiträgen die Arbeitslosenunterstützung nur dann zur Auszahlung kommen darf, wenn seit dem Eintritt in den Verband oder seit Bezug der letzten Arbeitslosenunterstützung mindestens 260 Beiträge geleistet sind.

Die Arbeitslosenunterstützung beträgt nunmehr:

In Beitragsklasse	Nach Mitgliedschafts- und Beitragswochen	pro Tag	Höchstbetrag	Höchstdauer
		Mk.	Mk.	Tage
1	52	—,80	18,—	30
	52	—,85	25,50	
	156	1,25	97,50	
2	260	1,50	45,—	30
	52	—,90	36,—	
	104	1,20	48,—	
3	156	1,50	60,—	40
	260	1,90	76,—	
	52	1,—	50,—	
4	156	1,50	75,—	50
	260	2,25	112,50	
	52	1,—	70,—	
5	104	1,25	87,50	60
	156	1,75	122,50	
	208	2,—	140,—	
	260	2,50	175,—	

Die Sätze der Krankenunterstützung sind nach wie vor die gleichen.

Berechnungstabellen werden den einzelnen Orten rechtzeitig zugehen.

Der Verbandsvorstand.

Außerordentlicher Verbandstag der Buchdrucker.

Die verschiedensten Ursachen machten das Abhalten einer außerordentlichen Generalversammlung der Buchdrucker notwendig. Die Wahl eines neuen Verbandsvorsitzenden an Stelle des verstorbenen Genossen Döblin und die Fragen der Tarifrevision bzw. Regelung der Feuerungszulagen sowie der zu treffenden Maßnahmen beim Uebergang von der Kriegsjur Freieinwirtschaft bildeten dabei die stärksten Antriebe. Aus Ernährungsrücksichten wurde die schöne Mainstadt Würzburg erlesen, wo der Verbandstag mit einer schön angeordneten Begrüßungsfeier der Würzburger Buchdrucker eingeleitet wurde.

Zu den Verhandlungen, die am Montag, den 27. Mai, im Gutischen Garten, wo auch der vorjährige Parteitag tagte, begannen, waren Vertreter des Buchdruckerlarifamts, der Generalkommission (Bauer), des österrösischen Buchdruckerverbandes, der Verbände der Buchbinder (Kloth), Buchdruckerhilfsarbeiter (Schmid-München) und Lithographen und Steindrucker (Dag-Berlin) erschienen.

Aus dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht und aus den dazu gegebenen Erklärungen ist hervorzuheben, daß bisher 6500 Mitglieder gefallen sind und daß die vom Seeresdienst entlassenen Kollegen sich geradezu dazu drängen, wieder in die Reihen des Verbandes einzutreten. Beachtung verdienen die Angaben über Arbeitslosigkeit und Krankheit in den letzten acht Jahren. Im Jahre 1910 wurde bei 60 545 Mitgliedern 1 189 421 Mk. für 4,58 Proz. arbeitslose Mitglieder ausgegeben, 1913: 1 518 828 Mk. bei 5,50 Proz. Arbeitslosen, 1914 im ersten Halbjahr 595 951 Mk. bei 3,50 Proz., im zweiten Halbjahr 2 357 185 Mk. bei 22,75 Proz. Arbeitslosen, 1915: 428 208 Mk. bei 4,18 Proz., 1916: 50 559 Mk. bei 0,85 Proz. und 1917: 15 129 Mk. bei 0,25 Proz. Arbeitslosen von 28 704 Mitgliedern. Für Krankenunterstützung wurde dagegen 1910: 935 536 Mk. bei 3,13 Proz. Kranken, 1913: 960 426 Mk. bei 2,50 Proz. Kranken von 68 401 Mitgliedern, 1914 im ersten Halbjahr 549 076 Mk. bei 3,20 Proz., im zweiten Halbjahr 335 937 Mk. bei 3,20 Proz., 1915: 202 052 Mk. bei 2,57 Proz., 1916: 419 253 Mk. bei 3,20 Proz. und 1917: 480 750 Mk. bei 3,75 Proz. Kranken von 28 704 Mitgliedern ausgegeben. Die Zahl der Invaliden und die Ausgaben dafür betragen: 1893: 22: 2066 Mk., 1906: 125: 38 810 Mk., 1900: 280: 104 996 Mk., 1906: 546: 208 931 Mk., 1910: 808: 319 529 Mk., 1914: 1081: 444 524 Mk., 1917: 1045: 464 535 Mk. Durch das Sinken der Arbeitslosenausgaben ist es möglich gewesen, das Verbandsvermögen der Hauptkasse, trotz der hohen Ausgaben für Krankenunterstützung bei verminderter Mitgliederzahl und trotz der stetig wachsenden Invalidenausgaben, auf 12 212 111,75 Mk. zu erhöhen bzw. zu erhalten. Daneben befanden sich bereits Ende 1916 — und mittlerweile wird sich der Bestand noch erhöht haben, worüber noch die Uebersicht fehlt — in der Zentralinvalidenklasse in Liquidation 320 716,58 Mk., in den Gau- und Lokalkassen 3 071 205,52 Mk., in den fakultativen Klassen 940 462,91 Mk., so daß ein Gesamtvermögen von mehr als 16 544 436 Mk. zu verzeichnen ist. Gewiß ein überaus stattliches Vermögen. Das hielt aber den Hauptflüssiger Eifer nicht ab, nachdrücklich, und das mit Recht, auf die bedeutenden Einsparmaßnahmen aus dem Verbandsvermögen während des

Krieges hinzuweisen, ohne die der günstige Stand des Vermögens nicht vorhanden wäre, weshalb man sich vor etwaigen Wünschen auf Erhöhung der Unterstützungsätze ohne gleichzeitige Erhöhung der Beiträge zu hüten hätte, weil die Beiträge kaum die Ausgaben deckten.

Im mündlichen Vorstandsbericht wies der Vorsitzende Graßmann auf die Gemeinschaftsarbeit mit den übrigen Gewerkschaftsrichtungen beim Hilfsdienstgesetz und bei anderen Gelegenheiten sowie auf die im eigenen Interesse von selbst gegebene Haltung der Arbeiterschaft zur Verteidigung des Vaterlandes hin, ohne die die Lage Deutschlands nicht so sein würde als sie ist, weil die Widerstandskraft Deutschlands durch die verständige und opferbereite Haltung seiner Arbeiterschaft ganz wesentlich gestärkt worden sei.

In nichtöffentlichen Sitzungen wurde dann in eingehender, die ganzen einschlägigen Verhältnisse des Berufs betrachtender Weise die Besprechung der allgemeinen und tariflichen Lage und Erörterung über den Organisationsvertrag vorgenommen. Es wurde dabei insbesondere die Stellung der Buchhändler, die Vorwürfe der Unternehmer betreffs angeblicher Zurückhaltung der Leistungen der Gehilfen, die durch den Krieg hervorgerufene Umwälzung der Verhältnisse, die Frage der weiblichen Erbschaften, die Lehrlingsausbildung, die Hilfsarbeiterfrage, die Eingliederung der Faktoren in die Tarifgemeinschaft, die geringen Durchschnittslöhne der Buchdrucker im Vergleich mit denen der anderen Verufe erörtert. Hierzu nahmen auch Schmid vom Hilfsarbeiterverband und unser Kollege Kloth das Wort. Im Gegensatz zu früher, wo die Buchdruckerbesitzer einer Angliederung der Hilfsarbeiter in die Tarifgemeinschaft freundlich gegenüberstanden, um die zahlreichen Werkstattdirekte zu vermeiden, halten sie jetzt den Abschluß mit ungelerten Arbeitern für nicht angängig, wogegen der Hilfsarbeiterverband mit Entschiedenheit Stellung nimmt, was auf dessen im Juni stattfindenden Verbandstag aufs neue zum Ausdruck kommen wird. Kollege Kloth nahm in seinen Ausführungen Bezug auf das immer weiter um sich greifende Entziehen von Buchdruckerbuchbindereien, wodurch in einer ganzen Reihe namhafter gemachter Städte das selbständige Buchbindergewerbe völlig zurückgedrängt und der Abschluß von Tarifverträgen entweder ausschließlich nur noch mit den Buchdruckerbesitzern getätigt würde oder diese doch in hervorragender Weise an den Tarifverträgen beteiligt seien. Teilweise hätten daher die Buchdruckerbesitzer selbst schon den Wunsch geäußert, zu einem Reichstarif mit dem Buchbinderverband zu kommen, während andererseits auch wieder Buchdruckerbesitzerkreise geneigt seien, die Buchbinder, insbesondere aber die Arbeiterinnen, als Hilfsarbeiter zu betrachten, die man als Tarifteilhaber nicht für würdig hält. Der Buchbinderverband trauere bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse in erster Linie auf seine immer mehr erstarbende Kraft, nichtsdestoweniger halte er aber das Zusammengehen der graphischen Gewerkschaften, das letzten Endes einmal zu einer Art graphischer Tarifgemeinschaft führen werde, für geboten und für alle graphischen Verufe für nützlich, auch für den der Buchdrucker. Die Meinung der Buchdrucker, daß sie höchstens mit den Faktoren und Hilfsarbeitern eine gemeinsame Tarifgemeinschaft zu erlangen hätten, mit den Buchbindern nicht, halte er für nicht richtig. Graßmann,

Vorsitzender des Buchdruckerverbandes, vermochte sich dem nicht anzuschließen, da die Zahl der graphischen Betriebe, die alle Betriebe vereinigen, nicht allzu groß sei, während Faber, Gehilfenvorsitzender beim Tarifamt, wünschte, daß sich zunächst einmal die Hauptvorstände mit der Frage beschäftigen möchten.

Das Ergebnis der Beratungen kam in einstimmig angenommenen Entschlüssen zum Ausdruck, aus denen wir als uns besonders interessierend hervorheben, daß von einer Tarifbindung abgesehen werden soll, eine Tarifrevision gefordert, diese aber für den Fall bezüglich der Lohnfrage überflüssig werden wird, wenn die Unternehmer sich den folgenden Forderungen zugänglich erweisen werden:

1. Angemessene Erhöhung der im November v. J. gewährten Zulage, zahlbar spätestens am zweiten Bahntag im Monat Juli an alle Gehilfen.

2. Bemessung des Stundenlohnes nach dem Gesamtwohnenverdienst, also einschließlich der Feuerungszulage.

Außerdem soll der Tarifausschuß in seiner nächsten Sitzung eine Ansprache herbeiführen über:

1. Schaffung von Sonderbestimmungen für das Anstellungsverhältnis der Faktoren. Anhebung der Bestimmungen an den Deutschen Buchdrucker-Tarif.

2. Uebernahme der „Allgemeinen Bestimmungen“ für die Arbeitsleistungen der männlichen und weiblichen Druckereiarbeiter als Sonderbestimmungen in den Deutschen Buchdrucker-Tarif.

Faßt von allen Rednern wurde über die niedrigen Löhne in den graphischen Berufen gesagt. Viele ungelerten Arbeiter verdienen weit mehr als die „Pioniere der Arbeiterbewegung“, die Buchdrucker, die in dieser Hinsicht gar nicht mehr als Pioniere angesehen werden könnten. Darin müßte unter allen Umständen Wandel geschaffen werden, denn das Buchdruckgewerbe sei sehr wohl imstande, seiner Arbeiterchaft mindestens dasselbe zu gewähren wie andere Gewerbe.

Bezüglich des Organisationsvertrages wurde das Verlangen der Arbeitgeber, bei politischen Streiks, wie der im Januar-Februar d. J., wofür der Buchdruckerbesitzerverein zunächst 28 500 Mk. fordert und sich weitere Forderungen vorbehält —, durch die einstimmige Annahme folgender Entschlüsse zurückgewiesen:

„Die Generalversammlung lehnt nach eingehender Aussprache die Zahlung eines vom Deutschen Buchdruckerverein geforderten Schadenersatzes für die Beteiligung der Berliner Gehilfenschaft an den Ausschüssen im Januar d. J. ab, da nach ihrer Auffassung bei dieser Bewegung die Voraussetzungen, unter denen der Organisationsvertrag zustande gekommen ist, nicht vorliegen. Sollte die Prinzipalität auf dem Standpunkte beharren, daß bei Bewegungen, die aus der Unsicherheit der politischen Lage und der Not der Zeit, entspringen und mit den beruflichen Verhältnissen in keinerlei Zusammenhang stehen, der Verband haltbar gemacht werden könne, erklärt die Generalversammlung, daß dann auch für die Gehilfenschaft jedes Interesse an der Aufrechterhaltung des Organisationsvertrages fortfällt.“

In der Aussprache über Maßnahmen beim Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft bezeugte der Verbandsvorsitzende Großmann die näheren Bedingungen zur Ueberleitung in den Friedenszustand: rascheste Unterbringung der vom Heere Entlassenen durch die Arbeitsnachweise, Einsetzung der Gehilfen in die alten Stellen, woson die Folge sei die Entlassung der Berufsfremden, insbesondere der weiblichen Ersatzkräfte. Angesichts des Weltkampfes auf dem Weltmarkt müsse auf die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Berufsangehörigen und im Zusammenhang damit auf eine Verbesserung der Lehrlingsausbildung hingewirkt werden. Die Generalversammlung stimmte dem zu, obwohl von einem Berliner Delegierten auf die bereits bestehende Vereinigung der Buchdruckergehilfen hingewiesen wurde, deren Bestreben offensichtlich darauf hinauslaufe, die Gehilfeninnen dauernd im Verufe zu erhalten und ihnen die Segnungen der Tarifgemeinschaft zuteil werden zu lassen.

Ueber das Verhältnis zur Generalkommission und deren Politik fand die bezügliche Aussprache ihren Ausklang in der Zustimmung der Generalversammlung für die Generalkommission.

Wegen die Redaktionsführung des „Korrespondent“ machten nur die Berliner Delegierten einige

Einwendungen örtlicher Natur, die uns nicht besonders interessieren. Die bisherigen Redakteure wurden wiedergewählt.

An den Beiträgen und Unterstützungen wurden keine Veränderungen vorgenommen, sondern nur folgender Beschluß gefaßt: „Sollte bei Kriegsende von der Regierung bzw. von den Gemeinden keine Vorsorge für die Unterstützung der Arbeitslosen getroffen werden, so ist der Verbandsvorstand berechtigt, die Arbeitslosenunterstützung bis zu 50 Pf. je Tag zu erhöhen unter gleichzeitiger Erhebung eines erhöhten Verbandsbeitrages. Es ist dann sofort eine Gauleiterkonferenz einzuberufen, welcher die weitere Erlebigung der Frage überwiesen wird.“

Zum ersten Verbandsvorstand wurde der Gauleiter Seig-München gewählt, während Grafmann-Berlin zweiter Vorsitzender blieb und im übrigen der alte Vorstand wiedergewählt wurde. Den vom Verbandsamt angestellten Beamten wurde eine erneute Feuerungszulage bewilligt.

Die Ludendorff-Spende.

In der Voraussicht, daß nicht alle Hilfsbedürftigen die staatlichen Unterstützungen erhalten werden, weil es zahlreiche Fälle geben wird, worauf die bezüglichen Bestimmungen nicht ohne weiteres zutreffen, haben sich Vertreter aller Parteien und aller Arbeiter- und Angestelltenrichtungen zusammengesetzt, um für solche Fälle den Hilfsbedürftigen doch mit Rat und Tat zur Seite stehen zu können.

Dieser gute Zweck ist die Hauptsache, demgegenüber die Bezeichnung der Spende, an der manche Anstoß nehmen, Nebensache ist. Wie wir einschalten wollen, entstand die Bezeichnung „Ludendorff-Spende“ deshalb, weil Ludendorff einen Betrag von diesen ihm zur Verfügung gestellten Millionen zu dem vorgesehenen Zwecke überwieß. Darum können und sollten auch alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die dazu in der Lage sind, ihr Scherlein zur Ludendorff-Spende beitragen, um ihres guten Zweckes willen, um den Kriegsbeschädigten ihre Leiden mildern zu helfen.

Die Sammlung ist eine freiwillige. Niemand ist gezwungen, etwas zu geben, aber niemandem sollte es auch verwehrt werden, dazu beizutreten. Deshalb halten wir den Beschluß einzelner Gewerkschaftskartelle und Zählstellen, keine Sammellisten umgehen zu lassen, für verfehlt und für eine Beeinträchtigung der freien Betätigung der Gewilligten.

Aus unserem Kern.

Unter der Ueberschrift „Leipziger Tarifschiedsgerichtsurteile“ druckt die Redaktion der Buchbinder-Zeitung“ in Nr. 22 zwei Urteile des Leipziger Tarifschiedsgerichts ab und bemerkt dazu, daß nach ihrer Auffassung in beiden Fällen die getroffenen Entscheidungen in Widerspruch stehen mit den Beschlüssen der in Frage kommenden gemeinsamen Vorstände.

In meiner Eigenschaft als Gehilfenvorsitzender des Tarifschiedsgerichts Leipzig möchte ich mir hierzu einige Bemerkungen gestatten. In bezug auf das erstere Urteil, in Sachen der Verarbeitung von Ersatzblechmitteln, wäre es auch nach der Auffassung der Gehilfenvertreter beim Tarifschiedsgericht für die Kollegenschaft entscheidend vorteilhafter gewesen, wenn die Entscheidung gelautet hätte: „Es ist ohne jede Einschränkung bei Verarbeitung von Ersatzblechmitteln der in der fraglichen Vereinbarung vorgesehene Zuschlag von 15 Proz. zu bezahlen.“

Doch wie liegen hier die Dinge? Bei der Schlichtung eines Streitfalles vor dem Tarifschiedsgericht dürfen die Vertreter der einen oder der anderen Partei sich nicht davon leiten lassen, was für sie günstig ist, sondern maßgebend muß sein, wenn das Tarifschiedsgericht Anspruch auf Unparteilichkeit erheben will, die Rechtslage. Und wenn von diesem Grundsatze ausgehend, die Gehilfenschaft zu einem für sie weniger günstigen Urteil kommt, so muß sie dies in Kauf nehmen, wenn anders sie nicht will, daß das Tarifschiedsgericht zu einer Institution wird, der beide Parteien nur mit Misstrauen gegenübersehen.

Es war also nach dem Vorhergesagten ein Urteil zu fällen, welches sich stützt auf die Vereinbarung vom 18. März 1918. In dieser Vereinbarung heißt es nun leider nicht, wie die Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“ sagt, daß bei Ersatzblechmitteln ohne weiteres ein Zuschlag von 15 Proz. zu zahlen ist, sondern es heißt wörtlich: „Bei Verarbeitung von Blechmitteln (Ersatzblech) mit geringerer Bindkraft als die bisher verwandten usw.“ Es wird in der Vereinbarung demnach ausdrücklich hervorgehoben, daß bei den fraglichen Blechmitteln eine geringere Bindkraft vorausgesetzt wird.

Auf Grund dieses Wortlautes und nicht nur darauf allein gestützt, sondern auch unter Berücksichtigung auf die Entstehung dieser Vereinbarung, müßte das Tarifschiedsgericht, wenn es ein objektives Urteil fällen wollte, so entscheiden wie geschehen.

Bezüglich des zweiten Urteils, nach welchem der 20 Proz. Zuschlag für Kalzarbeiten mit in den Lohn einzurechnen ist, liegen die Dinge so, daß auch nach meiner persönlichen Auffassung der 20 Proz. Kalzaufschlag ein Kriegsaufschlag ist, der bei der Berechnung der Feuerungszulagen außerhalb des Lohnes bleiben müßte. Wenn trotzdem die Gehilfenvertreter sich dafür entschieden haben, den 20 Proz. Kalzaufschlag nicht als Kriegsaufschlag gelten zu lassen, so deshalb, weil damit einem immer wiederkehrenden Streite bei der 12-Mk.-Stufe der Feuerungszulagen ein Ende gemacht werden konnte, und was die Hauptsache mit ist, durch diese Auslegung ermöglicht wurde, daß die niedrige Staffel von 4,50 Mk. pro Woche nur für jene Arbeiterinnen reserviert wurde, für die sie eigentlich bestimmt war, nämlich für ungelernete Zuträgerdienste leistende Arbeiterinnen. Es wurde also mit dieser Auslegung erreicht, daß weite Kreise von Arbeiterinnen statt 4,50 Mk. nunmehr 9 Mk. erhalten. Dabei verneine ich nicht, daß einem anderen aber wesentlich kleineren Teil der Arbeiterinnen die Zulage von 9 Mk. auf 8 Mk. verfürzt wurde.

Diese Auffassung dürfte bei den völlig anders gearteten Verhältnissen in Berlin zwar wenig Verständnis finden, dessenungeachtet liegt es aber für Leipzig so, wie oben gesagt.

In diesem Zusammenhange und daran anschließend aber noch ein paar Worte. Es darf bei Urteilen von Tarifschiedsgerichten nicht verkannt werden, daß diese nur für den Machtbereich der dem Schiedsgericht unterstellten Betriebe und deren Arbeiterchaft Geltung haben, was naturlicherweise nicht zutreffend ist, wenn es sich um Urteile des Tarifamtes handelt. In diesem Falle gelten die Urteile bekanntlich für das gesamte Reichsgebiet, soweit die Betriebe und deren Arbeiterchaft der Tarifgemeinschaft angegliedert sind. Weil nun aber Tarifschiedsgerichtsurteile nur für den in Frage kommenden Ort Geltung haben, müssen bei der Bewertung von solchen Schiedsgerichtsprüchen die jeweils in Frage kommenden örtlichen Verhältnisse berücksichtigt werden. Würde man dieses Moment nicht berücksichtigen, so könnte man sehr leicht geneigt sein, Urteile als Fehlurteile anzusehen, wo sie durchaus keine sind. Es ist also, und darauf lege ich besonderen Wert, zu beachten, daß Auslegungen oder Urteile des einen oder anderen Schiedsgerichts nicht übertragen werden auf Städte, für die sie nicht bestimmt sind.

Leipzig, den 25. Mai 1918.

Otto Wiencke.

Nachricht der Redaktion: In diesen Ausführungen hätten wir manche Bedenken zu äußern, doch wollen wir uns darauf beschränken, zu erklären, daß auch für uns die Rechtslage bei unserer Kritik ausschlaggebend war und daß wir ferner es für einen gefährlichen „Rechtsgrundriß“ halten: ein Schiedsgericht dürfe sich von anderen Grundrissen leiten lassen als das Tarifamt.

Die Christlichen und die angestrebte Reichstarifgemeinschaft. Unser Antrag an den Verband Deutscher Buchbinderbestreber wegen Erweiterung des Dreißtädteartikels zu einer Reichstarifgemeinschaft hat unsere braven Christen wieder einmal aus dem Häuschen gebracht. In jeder Nummer der „Gründlichen Stimmen“ werden Gasbomben gegen den verruchten Buchbinderverband geschleudert und alle möglichen Vorwürfe gegen ihn erhoben.

Der ganze Lärm ist überflüssig. Denn in dem von unserem Verbandsamt an das Tarifamt eingereichten Entwurfe für die erweiterte Tarifgemeinschaft sind alle in unserem Verufe bestehenden Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Mitwirkung vorgesehen, also auch, trotz seiner nun einmal nicht wegzuleugnenden Schwäche, der christliche Verband.

Beziehen die guten Leute nur etwas Sachkenntnis und wären sie nicht so auf Schimpfereien erpicht, so hätten sie sich selbst sagen müssen, daß wir sie beispielsweise in Städten, wie Regensburg, ebenso wenig in der Zukunft ausschalten wollen, wie wir das in der Vergangenheit getan haben, wenn sie tarifreu sein wollen. Zur Tarifgemeinschaft gehören aber zwei, was unseren Christen jedoch sehr wenig bekannt zu sein scheint, denn sonst hätten sie wissen müssen, daß von einer Aufnahme in die Tarifgemeinschaft erst dann die Rede sein kann, wenn beide Parteien — Arbeitgeber und Arbeitnehmer einer Stadt oder eines Wirtschaftsgebietes — sie beantragen und sich ihren Gesetzen unterwerfen. Unseres Wissens hat aber weder in Freiburg i. B. noch in Würzburg die Arbeitgeberchaft solches beantragt. Es steht aber dem nichts im Wege, daß die Christlichen in solchen Städten ein entsprechendes Ver-

langen an ihre Arbeitgeber stellen. Dem Entengang der Christlichen ist also weit das Tor geöffnet. Mit dem bloßen Verlangen: überall mit dabei sein zu wollen, ist es aber nicht getan, sondern es ist auch der Beweis der Tarifstreue durch Einführung des Dreifachtarifs oder des zukünftigen Reichstags in den jeweils in Betracht kommenden bzw. tarifgemeinschaftsreichen Orten zu erbringen. Und es soll uns wirklich ein Vergnügen sein, wenn der christliche Verband das fertig bringen sollte, dort, wo er angeblich stark vertreten ist, wie in N.-Glabach, Revelar, Kempton, Donauwörth usw.

Was unsere Kollegen aus dem Felde schreiben!

Aus der Ukraine.

Am 6. April 12 Uhr mittags fanden wir vor Nikolajew, jener Stadt, wo es bei den Kämpfen mit den Bolschewik auch Fernsprechtruppen getroffen hatte. Die Vorstädte wohl aller russischen Städte sind wenig einladend: schmucklose, nicht gepflastete Straßen, unregelmäßig gebaute Häuser. Die meisten Häuser sind aus Stein gebaut, Lehm und Mist sind wie in Rumänien die am meisten verwandten Baumaterialien. Bald darauf erfolgte unser Einmarsch in die Stadt, der über den Bug führte. Der Bug ist ziemlich breit; eine Holzbrücke von ungefähr 1000 Metern Länge überspannt ihn. Sie ist stößartig gebaut, also eine sogenannte schwimmende Brücke. Der Marsch durch die Stadt dauerte 2 Stunden. Die Städte sind sehr ausgedehnt, Grund und Boden ist allem Anschein nach billig. Findet man doch nur Häuser, die nur Erdgeschoss oder höchstens ein Stockwerk aufweisen.

Am entgegengesetzten Ende der Stadt wurden wir, d. h. die Fahrer mit den Pferden und Wagen, in einer Kojalentajerne untergebracht. Als die Kojalen ihren regelmäßigen Dienst verrichtet haben, hat es vielleicht nicht so ausgesehen. Aber jetzt? Es ist geradezu unheimlich! An gewisse Orte ist nicht mehr heranzukommen. Daß Ungeziefer vorhanden ist? Na, es scheint Menschen zu geben, die es sich gar nicht anders vorstellen können. Ich weiß selbst nicht mehr genau, ob ich es schon hatte oder erst hier wieder bekommen habe.

Unsere Telegraphisten waren in Bürgerquartieren untergekommen; dadurch war es auch nur möglich, mit deutschsprechenden Russen in Verbindung zu treten. Die Stadt zählt nach deren Angaben ungefähr 200 000 Einwohner und hat einige ansehnliche industrielle Anlagen. Die bedeutendsten Werke sind die Werften. Es werden aber neben Schiffen auch Maschinen und Eisenbahnwagen hergestellt. Der größte Betrieb beschäftigt 15 000 Arbeiter, ein anderer 10 000 und wieder ein anderer 6000 Arbeiter. Neben den Industriearbeitern gibt es eine größere Zahl Schiffer und Fischer. Besonders aus den letzteren sollen die Bolschewiki ihre hauptsächlichsten Kräfte erhalten haben. In Nikolajew gibt es eine große Zahl minderbemittelter Leute, denen nur der Gedanke des Teilens vor-schwebte. Darauf gründeten sich ihre Hoffnungen, ein anderes, besseres Leben in Zukunft führen zu können. Sie hätten ihre Absichten, wenn auch nur bis zu einem gewissen Grade, durchsetzen oder in der Teilung fortführen können, wenn nicht die Deutschen gekommen wären. Die Feindschaft gegen diese ist also erklärlich. Wir durften daher auch nur ungeschonkt, mit Revolver oder Gewehr in die Stadt gehen und nicht einzeln. Besondere bauliche Schwereidrigkeiten nahm ich nicht wahr, sehe aber von einigen Straßen ab. Der Verkehr konzentriert sich auf einige Hauptstraßen, die denn auch eher einen städtischen Eindruck machen, obwohl Städte von solcher Größe in Deutschland ein ganz anderes Gepräge aufweisen. Am Marktplatz standen noch vor 14 Tagen die Häuser der Fischer. Dieses ganze Viertel wurde zerstört, unsere Artillerie legte es nieder, weil sich hier die Bolschewiki am stärksten verteidigten. Im Straßenkampf hätte es uns eine größere Zahl Opfer gekostet, daher dieses Vorgehen. Man sieht auch an einer ganzen Anzahl Häuser zerbrochene Fensterscheiben, ob heraus, oder hineingeschossen wurde, vermag ich nicht zu sagen.

Sonderbar erscheinen mir auch die Maßnahmen der Bolschewiki. Davon einige Beispiele: Als sie noch die unumschränkte Macht besaßen, setzten sie in die Geschäfte der Stadt ihre Leute als „Kontrolloren“ ein. Ich bitte über das von mir gebrauchte Wort nicht zu rechten, man könnte auch sagen, es waren wie viele andere nur einfache Angestellte. Z. B. in einem Schuhgeschäft mit zwei Inhabern und einem Verkäufer, der vollkommen zur Bedienung der Kundenschaft ausreichte, verpflichtete man die Inhaber, einen Mann aus den Reihen der Bolschewiki anzu-stellen und diesen mit 200 Rubel monatlich zu bezahlen. Der Mann hatte keine Arbeit, kam auch ge-wöhnlich nicht, weil das Schuhgeschäft der hohen Preise halber nicht geht, trotzdem mußte der Mann bezahlt werden.

Die von den Bolschewisten ergriffenen Maß-nahmen zur Aufteilung des Landes gehen dahin, den großen Grundbesitz aufzuteilen und dafür den Bewohner des Landes zu seinem Eigentümer zu machen. Die Gebenden der südlichen Ukraine sind von dieser Aufteilung noch nicht berührt worden. Allerdings gab es auf unserem Marsch große Güter, die keinerlei Viehbestand mehr hatten. Nachge-wiesenermaßen haben die Bolschewiten das Vieh nicht nur den Großgrundbesitzern genommen, son-der auch kleine Bauern plagten über mitgenommene Pferde, obwohl sie diese bei der Bestellung der Fel-der nötig brauchten. Geld verlangte man, wo man welches zu erlangen hoffte, unter Androhung schwer-ster Strafen. So gibt es Dörfer, die so mitgenom-men wurden. Die Denunziation hat hier sonderbare Mäßen gezeitigt. So wurde mir in einem deutschen Dorfe berichtet, daß die Bauern eines Nachbardorfes, die von Bolschewiten heimgeführt wurden, diesen erklärten: „Wir haben nichts, aber geht zu denen, da findet ihr, was ihr haben wollt.“ In diesem Falle mußten sie gehen was da war. Dabei kam der Großgrundbesitz nicht in Frage, es waren Bauern, die bis zu 120 Morgen Land hatten und dies zum Teil nur in Pacht. Ob nun über die so mitgenom-menen Werte Buch geführt wird? Wer vermag das zu sagen? Hier glaubt keiner von denen, mit welchen ich sprach, daran, sondern alle sind der Mei-nung, daß diejenigen, die Geld oder andere Werte erhalten haben, es in der Hauptsache in ihrem per-sönlichen Nutzen erwarbten. Die Möglichkeit, sich bereichern zu können, lag nahe, und diese Möglich-keit wird viele angezogen haben, die mit der Idee des Bolschewismus sonst nicht vertraut waren. Es wurde zum Teil darauflos geraubt, und auch vor dem Morde scheute man nicht zurück.

(Fortf. folgt.)

Internationales.

Oesterreich. Die Generalversammlung des Vereins der Buchbinder usw. Oesterreichs hat am 19. und 20. Mai in Wien stattgefunden. Vertreter hatten entsandt: die Gewerkschaftskommission, der ungarische Buchbinderverband (Bela, Weiß und Dincser), die Verbände der österreichischen Buch-drucker, Lithographen und Steindruckere, Buch-druckereihilfsarbeiter, die Vereine der Leder-galanteriearbeiter und der Kartonnagenarbeiter so-wie das Internationale Buchbinder-Sekretariat und der Deutsche Buchbinderverband (Kollege Kloth). Nach einleitenden Worten des Verbandsvorsitzen-den Kollegen Grünwald erfolgten die üblichen Be-grüßungsansprachen der Vertreter der obigen Ver-einigungen. Kollege Kloth hob dabei die natür-lichen Erschwerungen der internationalen Ver-bindungen der Arbeiterschaft hervor, die es dem I.B.S. nicht ermögliche, seine Aufgaben so zu er-füllen, wie es in Friedenszeiten angängig sei. Der nationale Zusammenhang habe sich auch in der Arbeiterklasse viel stärker erwiesen, als man bis-her angenommen habe. Der angekündigte Wirt-schaftskrieg nach Beendigung des jetzigen Welt-krieges sei nicht leicht aufzufassen, da dessen Möglichkeit in bedrohliche Nähe gerückt. Das würde selbstverständlich die Wiederaufnahme der internationalen Verbindungen der Arbeiter äußerst erschweren. Das I.B.S. sei bemüht gewesen, auch während des Krieges die Beziehungen mit den an-geschlossenen Verbänden aufrechtzuerhalten, doch sei das nicht immer von Erfolg gekrönt wor-den, zum Teil deswegen, weil die Kollegen in den feindlichen Ländern nicht darauf eingingen. Kollege Weiß wies auf die schönen Erfolge des ungarischen Verbandes hin, wo kein Kollege unter 100 und 120 Kronen und keine Kollegin unter 70—80 Kronen wöchentlich verdienen. Er forderte die öster-reichischen Kollegen zur Nachahmung auf. Der Obmann der Wiener Ortsgruppe des Verbandes brachte eine Resolution ein, die den Mitgliedern des Verbandes, den im Felde befindlichen Kollegen sowie allen dem Internationalen Buchbinder-Sekre-tariate angeschlossenen Verbänden freundschaft-liche Grüße entbietet, dem Internationalen Sekretär den Dank für die Führung der Geschäfte ausspricht und den baldigen Wiederaufbau der Buchbinder-Internationalen erwartet.

Kollege Grünwald gab sodann den Bericht des Zentralausschusses. Er schilderte die stark durch den Krieg beeinflusste Entwicklung des Verbandes seit der letzten Generalversammlung, die 1912 stattfand. Der Rückgang der männlichen Mit-glieder sei nicht nur durch die zahlreichen Ein-berufungen verschuldet, wodurch ganze Zahlstellen eingegangen seien, sondern auch durch Anstriebe in den ersten Kriegsjahren. Dabei sei jedoch zu berücksichtigen, daß die Zahl der Beschäftigten an sich stark zurückgegangen, so daß im Vergleich zu diesen die Zahl der männlichen Organisierten

verhältnismäßig größer sei als in Friedenszeiten. Anders stände es bei den Arbeiterinnen, wo die Zahl der Organisierten zu den Beschäftigten un-günstiger wäre als im Frieden. Diese Tatsache wäre auf den fehlenden Einfluß der Kollegen zu-rückzuführen, wovon die besten beim Heere stän-den. Allerdings sei den zurückgebliebenen Kollegen nicht ganz der Vorwurf zu ersparen, sich der Kolleginnen nicht genügend anzunehmen. Die Unterstützungen habe man in der ersten Kriegszeit einschränken müssen, da die Arbeitslosigkeit außer-ordentlich groß gewesen sei. Nach und nach wären sie wieder in Kraft getreten, nur die Kranken-unterstützung würde nicht, wie früher, vom ersten Krankheitstage an gezahlt, sondern erst vom achten Tage an. Dabei solle es auch bleiben, wenn ein entsprechender Antrag zum Statut angenommen würde. Leider sei infolge der geschädigten Kriegs-verhältnisse eine Verringerung des Vermögens eingetreten, deshalb müsse unter allen Umständen für dessen Auffüllung gesorgt werden. Grünwald ging sodann auf das Schicksal der Tarifverträge während des Krieges ein, unter denen er besonders den Abschluß des wichtigen Wiener Tarifs in jün-gster Zeit hervorhob. Ferner wies er auf das Ab-kommen mit den Wiener Buchbindermeistern betref-fend der Uebergangswirtschaft hin und auf die Wichtigkeit der sozialpolitischen Forderungen der österreichischen Gewerkschaften. Zum Schluß berührte er noch das Verhältnis zum Inter-nationalen Buchbinder-Sekretariat, den ablehnen-den Standpunkt des österreichischen Buchbinder-verbandes zu dem Antrag des schweizerischen Buchbinderverbandes auf Uebernahme der Ge-schäfte des I.B.S. durch den schweizerischen Ver-band während der Kriegsdauer. — Der Bericht des Zentralausschusses wurde von der Generalver-sammlung nach ganz kurzer Aussprache genehmigt.

Ueber den 2. Punkt: Die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse während der Uebergangs-wirtschaft sprach in ausführlicher und sehr sach-verständiger Weise Kollege Grünfeld. Der Vor-trag verdiente eigentlich ausführlich wieder-gegeben zu werden; davon müssen wir aber aus Raumgründen absehen und uns nur auf kurze Andeutungen beschränken. Nach einem geschicht-lichen Rückblick und den Wandel der Anschau-ungen über die Gewerkschaften und in denselben rügte er die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer bei Ausbruch des Krieges, als auch in Wien die Buchbinderbesitzer den größten Teil der Kollegen ohne Ansehung bestehender Tarifverträge kün-digten. Wer weiß, was uns die Nachkriegszeit beschern wird? Die Beobachtung der Produk-tionsbedingungen und die Förderung der Pro-duktion seien von höchster Bedeutung für die Gewerkschaften; es wäre äußerst kurzsichtig, wenn Ar-beiter erklärten, was geht uns das an, darum mögen sich die Arbeitgeber sorgen. Mindestens müßten die gewerkschaftlichen Unterhändler bei Verhandlungen mit den Unternehmern über alle diese Dinge unterrichtet sein, sonst vermöchten sie ihre Aufgaben nicht zu erfüllen. Das I.B.S. müsse auch in Zukunft in noch höherem Maße die ihm obliegenden Aufgaben erfüllen, möglichst auch Verbindung mit den russischen Kollegen suchen. Hoffentlich kämen auch die tschechischen Kollegen zu der Einsicht, daß sie nur im Anschluß an ihre österreichischen Kollegen ihre überaus traurige Lage verbessern könnten. Eine diesen Ausfüh-rungen entsprechende Entschließung Grünfelds fand einstimmige Annahme durch die Generalver-sammlung.

Beim Punkt Statutenberatung werden Anträge der Ortsgruppe Brinn angenommen, die die Wahl von Provinzmitgliedern in den Zentralausschuß bzw. in die Kontrollkommission bezwecken. Ebenso finden Anträge der Ortsgruppe Wien Annahme, die die Zusammensetzung der Jahresversammlung von Ortsgruppen mit über 500 Mitgliedern durch Delegierte — auf 25 Mitglieder 1 Delegierter — festsetzt. Grünwald gibt sodann eine allgemeine Uebersicht über die geldliche Lage des Verbandes, der voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben während der Uebergangswirtschaft und in den ersten Jahren nach dem Kriege, und legt im An-schluß daran ausführlich die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge und der Unterstützungen dar. Hieran knüpfte sich eine sehr interessante Aussprache, an der sich u. a. die Kollegen Kloth und Dincser (Ungarn) beteiligten, die auf die bis zu einem gewissen Grade gleichlaufenden Inter-essen der Unternehmer und Arbeiter betref-fend Rohstoffverschaffung, Absatzmöglichkeiten, Handels- und Zollpolitik einerseits und andererseits auf die notwendige Kräftigung der Gewerkschaften zur Wahrnehmung der Arbeiterinteressen hinwiesen.

Folgende Erhöhungen der Beitrags- und der Unterstützungssätze wurden nach der Vorlage des Zentralausschusses angenommen:

	in Beitragsklasse				
	1	2	3	4	5
	Kron.	Kron.	Kron.	Kron.	Kron.
Beitrag je Woche künftig	0.40	0.60	0.90	1.20	1.50
bisheriger Beitrag	0.85	0.50	0.70	0.90	1.20
Arbeitslos.-Unterstützung je Tag	1.—	1.80	1.50	1.80	2.10
Streik-Unterstützung für ledige Mitglieder je Tag	1.—	1.40	1.70	2.—	2.40
für verheir. Mitglied je Tag	1.—	1.40	2.10	2.40	2.80
und für jedes Kind je Tag					
Zuschlag von 30 Heller bis zum Höchstmass der Streik-Unterstütz. je Tag	1.60	2.—	3.—	3.80	3.70

Alle übrigen Anträge wurden abgelehnt. An den außerordentlichen Unterstützungsfonds (Streikfonds) werden anstatt wie bisher 25, 30 Proz. der

Beiträge abgeführt. Sämtliche Statutenänderungen treten am 1. Juli 1918 in Wirksamkeit.

Ein großzügig angelegtes Referat Grünwalds über die Buch- und Papierindustrie in der Zukunft können wir auch nicht einmal in kurzen Strichen nachzeichnen. Grünwald zog alles in den Bereich seiner Betrachtungen, was auf die Entwicklung der Buch- und Papierindustrie von Einfluß sein wird und welche Schwierigkeiten sich dieser Entwicklung entgegenstellen werden.

Als Verbandsvorsitzender wurde Grünwald wiedergewählt. Mit gegenseitigen Dankessagungen der Gäste und der Verbandsvertreter fand die gut verlaufene Generalversammlung nach einem kurzen und kernigen Schlußwort des Verbandsvorsitzenden Grünwald und dem Wunsch auf baldigen Frieden ihr Ende.

Rundschau.

Sammlung wildwachsender Pflanzen und Früchte. Die Wildbrucht e. V. m. b. H., Berlin W. 35, Am Karlsbad 6, ist mit Zustimmung des Kriegsernährungsamts von der Reichsstelle für Gemüse und Obst mit der Sammlung aller wildwachsenden Pflanzen, Beeren, Früchte, Pilze, Kräuter, Sämereien und sonstiger, dem freien Zugriff unterliegender Naturerzeugnisse und ihrer Zuführung zur Verwertung beauftragt. Die Gesellschaft sucht geeignete Helfer, Förster, Kaufleute, Händler und sonstige Interessenten als Vertrauensmänner und Sammelleiter. Sie gibt die Sammelgegenstände an Gemeinden, Verbraucherverbände und sonstige Großverbraucher ab und sieht Anforderungen entgegen.

Ferner wollen sich Inhaber moderner, leistungsfähiger Fabriken zum Vermahlen, Sädfeln und Schneiden von Wildwuchs melden.

ANZEIGEN

Unserem werten Kollegen
Alex Laps
die besten Glückwünsche zu seinem 26-jährigen Arbeitsjubiläum am 1. Juni bei der Firma Gebr. Köhmes. Möge es ihm vergönnt sein, in aller Frische auch der einst. sein 60-jähriges zu feiern.
Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Düsseldorf.

Zahlstelle Eisenberg.
Am 27. Mai verschied nach langem Leiden unsere Kollegin
Helene Klingenschmidt
im Alter von 44 Jahren. Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten.
Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Berlin. — Kartonbranche.
Montag, den 17. Juni 1918, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3
Bersammlung
aller in den Berliner Zigarettenkartonnagen-, Bezug- und Zugkartonnagen- und Postkarton-Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Tagesordnung:
1. Die Versicherungsgegebung während der Kriegszeit. Vortragender Kollege Eugen Brüdner.
2. Die wirtschaftliche Lage und der Ablauf des Tarifvertrags.
3. Verbandsangelegenheiten.
Um zahlreiches, pünktliches Erscheinen erucht
Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, die Kollegin
Frieda Siebig
nach kurzer Krankheit verstorben ist. Ehre ihrem Andenken.
Die Ortsverwaltung.

Abhilfe des Leimmangels durch meine Heißeime.
Einzig wirklich brauchbarer Ersatz für Lederleime unter Garantie für Haltbarkeit. Für jede Branche geeignet.
Streckmittel (Surrogat)
in weißem Ton. Kein Kaltleim oder sonst unbrauchbares Zeug. Handmuster geg. Einsend. von 1.— RM. in Briefmarken. Postkost. gerne zu Diensten.

Zahlstelle Berlin.
Zur besonderen Beachtung der Mitglieder empfohlen.
Die Sitzungen der Brancheneleitungen finden wie folgt statt:
Buchbinder-Branche.
Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im Monat, abends 6 Uhr, im Bureau, Berlin SO. 10, Engelauer 15 II, Zimmer 39/41.
Karton- und Zugpapierbranche.
Donnerstags, alle 14 Tage (ab 18. Juni d. J.), bei Bählich, Staliger Str. 22, abends 8 Uhr.
Album-, Mappen- und Galanteriebranche.
Jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. im Monat, abends 7 Uhr, bei Bählich, Staliger Straße 22.
Die Ortsverwaltung.

Aktenhefter
Kriegsbeschädigter, möglichst gelernter Buchbinder, für sofort gesucht.
Kreisaustrich Friedeberg Am.

Kaltleime
in hell und dunkel.
E. Bostel, Göppingen,
Leim und Klebstoffe.
Laden
seit 20 Jahren als Schulbuchhandlung vermietet gewesen, billig, auch mit Wohnung zu verm. Berlin, Dunderstr. 67

J. Stellmacher, Christbaumschmuck-Fabrik,
Steinheid S.-M.
offert
Staniollamettaersatz
ca. 5 u. 10 Gr. Inh. zu Mk. 16,—, bzw. Mk. 30,— p. %, Netto Kassa gegen sofortige Bestellung. Bei größeren Posten Rabatt.

Sortimenter Fertigmacher Deckenmacher Presser
für dauernde Beschäftigung gesucht.
Julius Sager, Großbuchbinderei, Leipzig, Breitkopfftr. 9.

Krätze
entf. Bett-Gautjuden geheilt in 2 Tg. o. Berufst. 100000 f. bzw. Monat. Ab. 100 Heller. Wählg. Breite. Personeng. ang. „Salus“, Berlin N. 31/31 Hedemstr. 9.
Anzeigen
finden nur Aufnahme, wenn der Betrag vorher eingekandt ist.

Deutschlands Industrien und Deutschlands Handel
kleben nur noch mit
Wiril Klebstoffen
(D. R. P. a.)
Glänzende Begutachtungen.
Lieferanten für Heeresverwaltungen, Behörden, Rüstungs- und kriegswichtigen Betrieben etc. etc.
Muster mit Angabe der Verwendungsart von 5 Kg. gern zu Diensten.
Chemisch-technische Werke Willybald Richter
Telegramm-Adresse: Wirtwerke, Leipzig, Querstrasse 4—6.
Telephon 3049.

Kalkulator
für dauernde Stellung gesucht. Es wollen sich nur Herren melden, evtl. Kriegsbeschädigte, welche einschlägigen Posten schon bekleidet hatten, zum mindesten mit der Berechnung der Arbeiten im Großbuchbindereibetriebe vertraut sind. Offerten sind zu richten an
H. Sperling, Buchbinderei,
Berlin, Friedrichstraße 16.

Papierabfälle
wie Zeitungen, Papierspäne, Druckereiabfälle laufend zu kaufen gesucht.
Anfragen:
Nathan Nussbaum, Hannover, Fernruf Nord 7409.